

# Der Sozialdemokrat

## Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Er erscheint wöchentlich einmal in Zürich (Schweiz). Verlag der Verlagsbuchhandlung Göttingen-Zürich. Postanweisung: franko gegen franko. Gemündliche Briefe nach der Schweiz kosten Doppelporto.

N. 12.

Donnerstag, 20. März.

Abonnements

werden bei allen Schwizerischen Postämtern, sowie beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegenzunehmen, und zwar zum voraus zahlbaren. Vierteljahrspreis von Fr. 2 — für die Schweiz (Kreuzband) Fr. 3 — für Deutschland (Gouvernt) Fr. 1,70 für Oesterreich (Gouvernt) Fr. 2,50 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Kreuzband).

Inserate

die beizugabende Zeitzeile 25 Gt. — 20 Pfg.

1884.

Avis an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat.“

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezw. verfolgt wird und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Corridoren nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und darf keine Rücksichtnahme darauf werden, die Briefmarken über den mehren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützen. Hauptforderung ist hierzu einerseits, daß unsere Freunde so fern

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst abschreiben, sondern sich möglichst an irgend eine unbedenkliche Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch und möglichst unverfängliche Zusendungskabriefen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich behutsamer Sicherheit Anfordern. Soweit an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

### Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

#### Zur Naturgeschichte der Volkspartei.

Vor einigen Tagen hielt der volksparteiliche Abgeordnete Köhl aus Würzburg im Frankfurter demokratischen Verein einen Vortrag über die Bauernfrage. Der Vortrag ward mit großem Beifall aufgenommen, und versicherte der Vorredner des Vereins Herrn Köhl ausdrücklich der Uebereinstimmung der Versammlung mit dem Inhalt seiner Rede.

Nichts ist nun zur Charakterisirung der Volkspartei geeigneter als die Ausführungen des Herrn Köhl über eine der brennendsten Fragen unserer Zeit, und angesichts der bevorstehenden Wahlen erscheint es uns doppelt zweckmäßig, dieselben einer Betrachtung über das Wesen dieser sich so radikal gebenden Partei zu Grunde zu legen. Erst wenn wir den wirklichen Charakter einer Partei erkannt haben, werden wir uns über unsere Stellung zu ihr klar sein.

Herr Köhl behauptet zunächst, daß die „gegenwärtige überaus prekäre Lage, in der sich der übergroße Theil des Bauernstandes heute befindet, nicht ein Produkt der neuesten Zeit sei, nicht eine Folge der modernen Gesetzgebung, des Freihandels und der mit demselben angeblich verbundenen amerikanischen Ueberfluthung mit Getreide, sondern das Produkt eines seit Jahrhunderten fortgesetzten Systems der Vertreibung und Auszehrung. Die alten freien Markt- und Sauggenossenschaften seien durch das römische Recht vernichtet worden“ ... Folgt eine Philippika gegen das römische Recht, das uns den Staatsabsolutismus gebracht“ etc.

Hier zeigt Herr Köhl bereits seine kleinbürgerliche verschwommene Denkweise. Von der modernen liberalen Gesetzgebung wälzt er den Vorwurf ab auf das römische Recht. Das klingt sehr volkstümlich — deutsches Recht gegen römisches Recht! — zeigt aber von vollständiger Verkennung von Ursache und Wirkung. Das römische Recht ist nicht die Ursache der Vertreibung und Knechtung des mittellosen Bauernstandes, sondern wurde eingeführt, um der Vertreibung den rechtlichen Untergrund zu geben, um sie gewissermaßen zu sanktionieren. Das römische Recht entsprach den Bedürfnissen der damals herrschenden Klassen, es ward ein Machtmittel in ihrer Hand, aber es ist nicht die Ursache ihrer Macht. Das römische Recht entsprach aber auch den Interessen des sich entwickelnden Bürgerthums; über seine Einführung jammern, heißt dasselbe thun, wie über die Gewerbefreiheit jammern, weil sie den Handwerkerstand ruiniert.

Obso verkehrt ist es, zu sagen, das römische Recht habe den Staatsabsolutismus gebracht. Der Staatsabsolutismus ist der politische Ausdruck ganz bestimmter gesellschaftlicher Verhältnisse — er findet sich überall, wo eine bisher herrschende Klasse im Niedergang sich befindet, während die neue sich entwickelnde noch nicht stark genug ist, zu herrschen. Deshalb finden wir ihn im Ausgange des Mittelalters überall — in England, in Frankreich, in Deutschland. Er ist das Produkt einer bestimmten gesellschaftlichen Entwicklung, und wir haben ihn weder gut noch schlecht zu finden, sondern ihn zu verstehen. Ueber das Einwirken des Absolutismus klagen, heißt über das Aufhören des Feudalismus klagen, der ja sicherlich seinerzeit auch seine guten Seiten hatte. Mit solchen Sentimentalitäten kommen wir eben nicht weiter, sondern drehen uns beständig im Kreise.

Da habe denn die Wissenschaft in der Nationalökonomie eine kräftige Reaktion gegen den allmächtig sich dünkenden Polizeistaat begonnen, in Holland, Italien, England, Frankreich.“ Unbegreifbar. Aber warum hat die „Wissenschaft“ diesen Krieg begonnen, woher kam ihr das Wissen? Keineswegs aus den Sternen, wo bekanntlich die Menschenrechte hängen, sondern weil das moderne Bürgerthum sich zu fühlen begann und die Pfaffen sprengen wollte, die es beengten. Da entdeckte die Wissenschaft plötzlich, daß der Polizeistaat sehr unwissenschaftlich ist und eröffnete die kräftige „Reaktion“ gegen ihn.

Wir müssen nun eine ganze Reihe von Sätzen, die auf der höchsten Höhe wie der vorhergehende stehen, übergehen, — so hat Herr Köhl z. B. entdeckt, daß in Rußland „die sogenannte christliche Bewegung gleichfalls kein Produkt der neuesten Zeit ist, sondern seit der Vernichtung der russischen Gemeindefreiheit durch Peter den Großen und Katharina dritter“ — um zu einem Bauernprogramm überzugehen. Daß alle Heilmittel des Liberalismus den Bauer nicht retten, steht für Herrn Köhl fest, eher scheinen ihm schon manche Forderungen der Agrarier — vorausgesetzt, daß sie im demokratischen Sinne und nicht zur Befriedigung egoistischer Standesinteressen ausgeführt werden, zur ökonomischen Befreiung des Bauernstandes wesentlich beitragen“ zu können. „Radikale Hilfe könnte nur mit radikalen Mitteln geschaffen werden.“

So fordert er denn, das römische Recht, das Recht der freien und ungehinderten Theilbarkeit und Verschuldbarkeit des Grundbesitzes müsse aufhören. Der Grund und Boden gehöre in erster Linie der Nation. Die Einsicht von der Nothwendigkeit der Befestigung des Grundbesitzes beginne bereits in die parlamentarischen Körperschaften, auch Preußens, einzubringen. Man betrachte nur den österreichischen Gesetzentwurf und das amerikanische Heimstättengesetz.

Das amerikanische Heimstättengesetz, wovon in Europa so viel gesprochen wird, ist, wo es überhaupt besteht, in Wirklichkeit nur ein Köder für Anstiedler, damit dieselben durch ihre Arbeit dem Grund und Boden da, wo er noch keinen Werth hat, überhaupt erst einen Werth schaffen! Weiter hat es keinen Zweck. Es verhindert den Bauer nicht, zu Grunde zu gehen, er wird dann nur auf indirektem Wege „gelegt“. Die gegenwärtig in den Parlamenten Deutschlands und Oesterreichs ausgeheckten Gesetze zur Erhaltung des Bauernstandes sind entweder reine Utopien oder urreaktionär. Wir sind als Anhänger der Nationalisirung des Grund und Bodens gewiß keine Freunde der Parzellirung desselben — das gesetzliche Verbot der Theilbarkeit desselben aber ist für uns die reaktionärste Maßregel, die es überhaupt geben kann. Sie zielt darauf ab, die heutigen Eigenthumsverhältnisse zu verewigen. Ihre Konsequenz heißt da, wo bäuerlicher Besitz noch besteht, Stillstand, Entvölkerung. Wenn die Volkspartei, wie Herr Köhl sagt, eine nationale Partei ist, so müßte sie schon aus nationalen Gründen gegen ein solches Gesetz sein.

Das Beispiel Frankreichs ist in dieser Beziehung überaus lehrreich. Frankreich geht am Kleinbauernthum zu Grunde, das ist heute fast ein Gemeinplatz. Die „Republique française“, das Organ der Gambettianer Republikaner, gestand in ihrer wissenschaftlichen Revue vom Februar 1880: In den Departements, wo das Eigenthum sehr getheilt ist (wo die Zahl der Eigenthümer am größten ist) geht die Zahl der Geburten stetig zurück, während sie da zunimmt, wo das Eigenthum in einigen Händen konzentriert ist.“ In 30 Departements, wo auf 1000 Einwohner 285 Besitzer kamen, war die Geburtenziffer 24 pro 1000, während in den Departements, wo auf 1000 Einwohner nur 177 Besitzer kommen, die Geburtenziffer 28 pro 1000 betrug.

In Frankreich ist man daher auf allerlei Mittel bedacht, diesem wirklichen Uebelstand abzuhelfen. So schlug jüngst ein legitimer Deputirter vor, die Erbschaftsteuer progressiv nach der Kinderzahl herabzusetzen. Denn am Eigenthum selbst darf ja nicht getastet werden!

Natürlich soll nicht gesehnet werden, daß nicht auch der extensiv wirtschaftende Großgrundbesitz Entvölkerung zur Folge haben muß, aber die Vorschläge des Herrn Köhl sind keineswegs gegen diesen gerichtet. Er will die Erhaltung der gegenwärtigen Vertheilung: die Befestigung des Grundbesitzes. Er will, daß die Volkspartei das Bauernprogramm der Agrarier, jener für den Feudalismus schwärmenden Schnapsbrennerpartei, zu dem ihrigen mache, im Interesse der — Demokratie. „Ein wirtschaftlich unabhängiger Bauernstand bietet“, sagt er in der Einleitung, „die feste Garantie für die ruhige organische Entwicklung der politischen Freiheit im Sinne der Demokratie, das habe sich erst jüngst in Norwegen gezeigt. Auf einem freien Bauernstand allein basire unsere Hoffnung für die Zukunft, er allein garantire unsere nationale Selbstständigkeit, die Wohlfahrt des Reiches und aller seiner Staatsbürger.“

An diesem Satze ist nur soviel richtig, daß der Bauer da Demokrat ist, wo die Demokratie seinen Interessen dient, seine Interessen gegen die der Bourgeoisie wahr. Aus diesem Grunde sehen wir überall, wo die liberale Bourgeoisie herrscht, die politischen Reaktionen sich den Namen „Demokraten“ beilegen. Demokraten waren in Amerika die Sklavhalter der Südstaaten, Demokraten sind in verschiedenen Kantonen der Schweiz die Pfaffenparteien, Louis Bonaparte machte seinen Staatsstreich im Interesse der „Demokratie“. Der Bauer ist Demokrat, weil er konservativ ist. Seine Demokratie ist sehr betrügerlich mit dem ausgeprochensten Autokratismus, sie fällt in der Regel zusammen mit dem engstirnigsten Nationalismus, und insofern mag man ihn auch eine Stütze der nationalen Selbstständigkeit nennen. Aber nur nach Außen hin, im Innern ist gerade der Bauer die Stütze des Partikularismus. Der freie schwäbische Bauer ist vor Allem Württemberger, der bayrische „Patriot“, der hannoversche Welfe. Der Bauer ist Demokrat, Autonomist; aber der russische, der asiatische Despotismus findet gerade in der Autonomie der Landgemeinden seine festeste Stütze.

Der Begriff der Demokratie unterscheidet sich darin von dem des Liberalismus, daß dieser ein bestimmtes geschichtlich entstandenes Prinzip, das der politischen und wirtschaftlichen Freiheit bedeutet, Ersterer aber je nach dem „Demos“ (Volk), der herrscht, ein sehr verschiedenes Gesicht zeigt. Wenn daher die Volkspartei ihre Demokratie auf den Bauernstand begründen will,

und zwar nicht auf die revolutionären, sondern auf die reaktionären Elemente desselben, so charakterisirt sie sich damit selbst als eine ihrem Wesen nach reaktionäre Partei.

Und das ist sie in der That, so politisch radikal sie auch auftreten, so fortschrittlich sie sich selbst auch halten mag. Das „Volk“, auf das sie sich stützt, sind gerade die reaktionärsten Klassen in der heutigen Gesellschaft: die Bauern und die Kleinbürger. Die Bourgeoisie will von ihr nichts wissen, kann von ihr nichts wissen wollen, weil die Bourgeoisie nicht weniger als demokratisch ist — die Zeiten, wo sie das als Opposition gegen Adel und Königthum sein konnte, sind vorbei! Soweit Bourgeoisieelemente sich in der Volkspartei befinden, sind es Ideologen, wozu wir auch die Partikularisten rechnen müssen; die Arbeiter, die der Volkspartei noch nachlaufen, thun es, weil der Name sie verführt. Arbeiter und Kleinbürger können dauern heut nur da zusammengehen, wo die Letzteren sich an Erstere anschließen, nicht umgekehrt. Wo die Kleinbürger aber als Klasse auftreten, da sind sie die grundsätzlichen Gegner der Arbeiter, weil sie gleich den Bauern durchaus reaktionäre Ziele verfolgen.

Dem Standpunkt, den Herr Köhl in der Bauernfrage einnimmt, entspricht in der Handwerkerfrage die Zünftlererei. Bei dieser zeigt sich der reaktionäre Charakter nur deutlicher, und lediglich diesem Umstande ist es zuzuschreiben, daß die Volkspartei sie nicht bereits „im Interesse der Demokratie“ akzeptirt hat. Hier aber ist die Klippe, an der sie scheitern wird. Ihrem Namen nach auf die Klasse der Kleinbürger angewiesen, kann sie deren reaktionäres Programm nicht akzeptiren ohne ihrer Tradition und ihrem politischen Programm in's Gesicht zu schlagen; umgekehrt wird sie nie eine einflußreiche Rolle spielen können, wenn sie die Kleinbürger nicht für sich hat. Aus diesem Dilemma kommt sie nicht heraus.

Wie schon der Name Volkspartei ein verschwommener, nichts sagender ist, denn jede Partei kann den Anspruch erheben, als Volkspartei zu gelten, so auch die Partei selbst. Sie ist die unklarste aller Parteien in Deutschland, ein Gemisch der verschiedenartigsten Elemente, das nur zusammengehalten wird durch eine Handvoll Führer und die „Frankfurter Zeitung“. Alle Widersprüche dieses Blattes finden sich bei ihr wieder, nur in groteskerer Art. Dem Staatssozialismus der Frankfurterin entspricht der Agrarsozialismus des Herrn Köhl. Der eine ist so wenig sozialistisch als der andere.

Alles das wollen sich die Genossen vergegenwärtigen, wenn sie zu dieser Partei Stellung zu nehmen haben.

### Ein „gebildeter“ Agitator.

Seit einiger Zeit macht in Deutschland ein Reiseapostel die Versammlungen der Arbeiter unsicher, der die Beschimpfung unserer Partei zu seiner Spezialaufgabe gemacht zu haben scheint. Er verfährt dabei nach dem Auserst abgebrauchten, aber ihm für die Arbeiter immer noch gut genug erscheinenden Rezept, seinem Publikum zunächst allerhand Cüßigkeiten zu sagen, um es näher um so gründlicher heranzugelenken. Zum Glück sind die deutschen Arbeiter in ihrer großen Mehrheit, Dank der sozialdemokratischen Agitation, geschult genug, um solche Praktiken zu durchschauen und haben dem wackeren „Volkfreund“ wiederholt geführend heimgeleuchtet, worauf sich der vorher vor lauter Liebe und Wohlwollen förmlich triefende Herr dann regelmäßig mit einem Male als ganz gemeiner Denunziant entpuppte. Wir meinen den Agitator für die hiesigen Gewerksvereine, Herrn Heinrich Fränkel aus Leipzig.

Der Mann nennt sich Doktor, und wir sind weit entfernt, ihm diesen Titel, der der bloßen Masse anzeigen soll, daß „seine Kunst viel andere übersteigt“, freitig zu machen. Nein, er trägt ihn mit Recht, er ist zweifelsohne ein sehr gebildeter Mann, denn er hat, was den Mann von Bildung kennzeichnet, bereits ein Buch geschrieben, ein Buch, in dem er den Beweis ablegt, daß er, was in Deutschland ganz besonders zur Bildung gerechnet zu werden pflegt, alles Mögliche gelernt hat, nur nicht richtig lesen.

Dieses Buch ist in dem Verlage von Dunder und Humblott erschienen und heißt „Die tägliche Arbeitszeit in Industrie und Landwirtschaft“. Herr Fränkel plädiert darin unter unglückigen Umständen und Aber's für einen sehr verklausulirten Normalarbeitstag, der so eingerichtet werden soll, daß er den Kapitalisten nicht wehe thut, sondern ihnen möglichst viele Hintertüren läßt. An sich hätte und dieses Buchwerk nicht zu einer Ermahnung im „Sozialdemokrat“ veranlassen können, aber da Herr Fränkel seine Weisheit nicht nur an Leute seines Kalibers verschwendet, sondern auch vor den Arbeitern mit seinem Wissen, seiner Belesenheit, seiner „Bildung“ prahlt, so sollen diese auch einmal erfahren, wie es mit der „Wissenschaft“ des Herrn bestellt ist, dessen Praxis sie ja wohl zur Genüge kennen gelernt.

Auf Seite 25—26 seiner „wissenschaftlichen“ Abhandlung erzählt uns Herr Fränkel:

„Der sozialistische Theoretiker Marx hat folgende offenbar richtige Rechnung aufgestellt: Wenn ein Durchschnittsarbeiter 30 Jahre arbeiten kann, so beträgt der Werth seiner Tagesarbeit  $\frac{1}{365 \times 30} = \frac{1}{10,950}$  ihres Gesamtwerthes; konsumirt der Unternehmer durch rückständige Ausnutzung diese Arbeitskraft in 10 Jahren, so bezahlt er nur  $\frac{1}{10,950}$  statt  $\frac{1}{3650}$  er kauft daher täglich zwei Drittel des Werthes der Arbeitskraft. Man wird darum eigentlich alle Einwände der Unter-

nehmer gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit mit dem Hinweis auf die thätigste Konsumirung der Lebens- und Arbeitskraft der in ihrem Betriebe Beschäftigten, wie sie sich aus der Sterblichkeits- und Gesundheitsstatistik ergibt, abfertigen können.“

Wenn Marx aber ferner seine Normalarbeitsstages-theorie darauf stützt, daß jeder Arbeiter durch einen Theil seiner Arbeitszeit seinen Arbeitslohn, durch die übrige Arbeitszeit den „Reinerwerb“ hervorbringt, welcher den Gewinn des Unternehmers darstellt, und nun meint, es handle sich darum, jene beiden Theile des Arbeitstages „in ein festes Verhältnis zu einander bringen“, so fehlt diesem ganzen Gedankengange so lange jeder praktische Werth, als wir keine feste Grenze jener beiden Theile angeben können.

Welch ein „gebildeter“ Herr, dieser Herr Fränkel, vor dessen Logik selbst ein Karl Marx in sein verbotenes Reich zurückzinkt. Schade nur, daß von „dem ganzen Gedankengange“, von dem Herr Fränkel behauptet, daß ihm jeder „praktische Werth“ fehlt, sich bei Karl Marx auch nicht die Spur vorfindet. Doppelt schade, weil Herr Fränkel sogar die Worte „in ein festes Verhältnis zu einander zu bringen“, in Anführungszeichen setzt, was bei seinen Lesern den Eindruck hervorbringen muß, es sei wirklich Marx, der diesen Unsinn herausredet. Das ist natürlich Marx auch nicht im Traume eingefallen, was Jeder wissen muß, der das „Kapital“ je in der Hand gehabt und lesen gelernt, was, wie gesagt, für gewisse deutsche Gelehrte nicht erforderlich zu sein scheint.

In Wirklichkeit läßt Marx an der von Herrn Fränkel zitierten Stelle einen Arbeiter einem Kapitalisten, der sich auf das Gesetz des Waarenaustausches beruft, um sein Recht zu erweitern, aus der von ihm gekauften Waare Arbeit den größtmöglichen Nutzen herauszuschlagen, das obige Exempel vorhalten:

„Du zahlst mir eintägige Arbeitskraft, wo du dreitägige verbrauchst. Das ist wider unsern Vertrag und das Gesetz des Waarenaustausches. Ich verlange also einen Arbeitstag von normaler Länge und ich verlange ihn ohne Appell an dein Herz, denn in Geldsachen hört die Gemüthlichkeit auf. Du magst ein Rusterbürger sein, vielleicht ein Mitglied des Vereins zur Abkämpfung der Hierarchie und obendrein im Geruch der Heiligkeit stehen, aber dem Ding, das du mir gegenüber repräsentirst, schlägt kein Herz in seiner Brust. Was darin zu pochen scheint, ist mein eigner Herzschlag. Ich verlange den Normalarbeitsstag, weil ich den Werth meiner Waare verlange, wie jeder andere Verkäufer.“

Nachdem er den Arbeiter bergelastet hat sprechen lassen, fährt Marx fort:

„Man sieht: von ganz elastischen Schranken abgesehen, ergibt sich aus der Natur des Waarenaustausches selbst keine Grenze des Arbeitstages, also keine Grenze der Mehrarbeit. Der Kapitalist behauptet sein Recht als Käufer, wenn er den Arbeitstag so lange als möglich und so möglich aus einem Arbeitstag zwei zu machen sucht. Andererseits schließt die spezifische Natur der verkauften Waare eine Schranke ihres Konsums durch den Käufer ein, und der Arbeiter behauptet sein Recht als Verkäufer, wenn er den Arbeitstag auf eine bestimmte Normalgröße beschränken will. Es findet hier also eine Antinomie statt, Recht wider Recht, beide gleichmäßig durch das Gesetz des Waarenaustausches besiegelt. Zwischen gleichen Rechten entscheidet die Gewalt. Und so stellt sich in der Geschichte der kapitalistischen Produktion die Normirung des Arbeitstages als Kampf um die Schranken des Arbeitstages dar — ein Kampf zwischen dem Gesamtkapitalisten, d. h. der Klasse der Kapitalisten, und dem Gesamtarbeiter, oder der Arbeiterklasse.“

Auch in den Kapiteln, in denen Marx später den „Kampf um den Normalarbeitsstag“ schildert, wird man vergeblich eine Stelle suchen, die auch nur eine Auslegung in dem Sinn zuliehe, den Herr Fränkel Marx unterzagt unterzieht. Ueberall finden wir Darstellung, Kritik des Kampfes, wie es in einem Buche, das den Titel führt, „Kritik der politischen Oekonomie“ gar nicht anders sein kann — notabene wenn der Verfasser ein simpler Kommunist und kein „Mann der Wissenschaft“ ist — nirgends aber ein Postulat, das, wie das obige, die bürgerliche kapitalistische Produktion als etwas Unvergängliches und Erhaltenswerthes voraussetzt. Entweder kann Herr Fränkel nicht lesen oder er lügt wie ein — Gelehrter.

So sagt er an einer andern Stelle:

„Marx freilich hält es für einen „eigenthümlichen Vorzug“ des französischen Arbeitsgesetzes von 1848, daß es mit einem Schlage „allen Werkstätten und Fabriken ohne Unterschied dieselbe Schranke des Arbeitstages“ diktiert, „während die englische Gesetzgebung bald an diesem Punkte, bald an jenem dem Druck der Verhältnisse weicht“. Nun, die englische Gesetzgebung hat bald an diesem, bald an jenem Punkte und schließlich überall feste Wurzeln geschlagen, jenes französische Gesetz war aber bekanntlich jahrelang wirkungslos. Und doch spricht es nur von 12 Stunden, während Marx ganz allgemein 8 Stunden fordert.“ (S. 48.)

Nun fordert erstens Marx nicht „ganz allgemein“ acht Stunden, sondern in einem ganz speziellen Falle schlug der Londoner Generalrath der „Internationalen Arbeiterassoziation“, die eben wegen der Beschränkung ihrer Elemente nur ganz allgemeine Arbeiterforderungen aufstellen konnte, eine auf den achtstündigen Arbeitstag zielende Resolution vor, und zweitens konstatiert Marx an der von Herrn Fränkel zitierten Stelle lediglich, daß trotzdem es in Frankreich der Februarrevolution bedarf „zur Geburt des Mörders“, das heißt, daß die französische revolutionäre Methode auch ihre eigenthümlichen Vorzüge geltend“ macht. „Mit einem Schlage u. c.“

Was Marx also als einen Vorzug hinstellt gegenüber anderen Nachtheilen, läßt Herr Fränkel ihn schlechtweg ein für allemal behaupten, um späterhin mit großer Ueberlegenheit dajoren zu können, was er

größtentheils aus Marx entnommen. Auch eine Eigenthümlichkeit deutscher Gelehrsamkeit!

Darf es da Wunder nehmen, daß Herr Fränkel in seiner Note Nr. 88 mit tugendhafter Entrüstung von der „Fälschung“ spricht, die der böse Marx in seiner Inauguraladresse an den Worten des Herrn Gladstone vorgenommen haben soll? Nun, Marx hat bereits seinerzeit im „Volkstaat“ Nr. 63, Jahrg. 1872\*) den Nachweis geliefert, daß dieses angeblich gefälschte Zitat durchaus mit den Berichten der größeren englischen Zeitungen über die betr. Rede Gladstones übereinstimmte; und einen englischen Schriftsteller, Herrn Sedley Taylor, der neuerdings mit demselben aus der gleichen Quelle geschöpften Vorwurfe gegen Marx herausrückte, hat Fräulein Eleonor Marx in so schlagender Weise abgeführt, daß Herr Taylor sich mit einer lahmten Entschuldigung zurückziehen mußte.

Englische Gelehrte pflegen zu widerrufen oder wenigstens zu schweigen, wenn sie überführt sind, in Deutschland, wo man sich auf seine Objektivität so viel zu Gute thut, ist man weniger „pebanitisch“. Es war eine Verleumdung, als Herr Lujo Brentano, jetzt Professor in Straßburg, im Fabrikantenblatt „Konfordia“ Marx der Fälschung zick, aber der Herr Professor hat sich, trotz der Marx'schen Widerlegung, nicht bemüht gefunden, zu widerrufen. Im Gegentheil, die Verleumdung wird lustig weiter kolportirt. Vom Brentano auf den Nehring, vom Nehring auf Fränkel.

Damit wären wir vorderhand mit unserem „gebildeten“ Agitator fertig.

## Sozialpolitische Rundschau.

Paris, 19. März 1884.

Die erste Lesung des Unfallversicherungsgesetzes, dritter gründlich verschlechterter Auflage, ist vorüber, und hat das Resultat ergeben, welches vorauszusehen war: fast alle Vertreter bürgerlich-kapitalistischer Interessen nahmen dem neuen Entwurf gegenüber eine sympathische Haltung ein, während ihn der Vertreter der Sozialdemokratie, d. h. der Arbeiterklasse, Gen. Bollmar, rundweg als unannehmbar bezeichnete. Das ist für die sogenannte Sozialreform so bezeichnend, daß alle schönen Redensarten, mit denen Bismarck in höchst eleganter Person das Gesetz anempfehlen zu müssen glaubte, darüber nicht hinwegzulaufen können. Das Gesetz ist ein Betrug an der arbeitenden Klasse, ein schamloser, nichtswürdiger Betrug, dem Niemand seine Zustimmung geben darf, der noch einen Funken von Rechtsgefühl in sich trägt. Es nimmt den Arbeitern, ohne ihnen zu geben, es legt ihnen Pflichten auf, ohne ihnen Rechte zu gewähren — es ist ein Klassen-gesetz, wie nur je eines geschaffen wurde.

Und was hatte der große Staatsmann auf die vernichtende Kritik, die Bollmar diesem Nachwerke hatte angeheben lassen, zu erwidern? Neben einigen schnöderigen Bemerkungen, wie Bollmar sei ja weise! ohne viel Klagen wie er und seine Regierung, nur die banale Berichtigung, daß „die Führer der Sozialdemokratie“ diesem Gesetz nur deshalb keinen Vortheil wünschen, weil „sie unzufriedene Arbeiter brauchen.“

Nun, darüber kann der gute Mann ruhig sein, von diesem bornirten Standpunkt aus, der seiner Denkart allerdings sehr nahezu liegen scheint, könnten wir nur die Annahme dieses Gesetzes wünschen, denn, wie Bollmar richtig hervorhob, es wird mehr Unzufriedenheit säen, als unsere Agitation je zu erregen vermöchte.

Und die Möglichkeit, daß es mit unwesentlichen Aenderungen angenommen werden wird, ist nicht ausgeschlossen. Die Neuwahlen stehen vor der Thüre, und da wollen die Herren — und in dieser Beziehung treffen sie sich mit Bismarck — ihrer Wählererschaft gern zeigen, daß sie doch etwas zu Stande gebracht. Daß sie auf die aufgeregte, klaffenbewußte Arbeiterschaft nicht rechnen können, wissen sie ohnehin. Viele der Herren haben auch ein großes Interesse daran, daß dieses Gesetz unter Dach und Fach kommt. Ein günstigeres für die Interessen der Kapitalistenklasse werden sie schwerlich vorgelegt bekommen — also nur zugegriffen, ehe es zu spät ist!

Und Herr Sonnemann, der Führer der „demokratischen“ Volkspartei, war in seinem staatsmännischen Drang, positiv zu wirken — wir wollen nichts Schlimmeres annehmen — noch so liebenswürdig, den Herren das Spiel zu erleichtern. Er gab zwar zu, daß die Ausstellungen Bollmar's größtentheils berechtigt seien, aber es sei doch der Boden gegeben, auf dem später weitergearbeitet werden könne. Eine schöne Logik, mit der man jeden Verrath demänteln kann! In Preußen-Deutschland weiterzubauen! Das haben Lakser und Konforten bei Annahme der Reichsverfassung, der Justizgesetze ja auch gesagt, Herr Sonnemann! und wie haben sich die Dinge jetzt gestaltet? Kein Mensch spricht mehr von Weiterbauen, nur das Verschlimmernde ist an der Tagesordnung!

Im Großen und Ganzen hat die Debatte übrigens kein besonderes Interesse.

Bismarck sprach über alles Mögliche und verschiedenes Andere, machte auch über die neue freisinnige Partei ein paar gute, wenn auch ziemlich billige Kalauer, und spielte sich, wie schon zwei Tage vorher, wo er in Sachen der amerikanischen Krefese kein Beisag — d. h. den

\*) In seiner Antwort auf einen anonymen Angriff in der „Concordia“, der, wie sich später ergab, Herrn L. Brentano zum Verfasser hatte.

Amerikaner gegenüber, auf die verkannte Tugend hinaus. Bismarck's Antwort auf Bismarck's Attake war in demselben eleganten Ton gehalten wie diese — keine Spur von einem frisch, fröhlichen Kam die ehemaligen Kameraden im Kulturkampf gaben sich gefühlvolle Abschied, natürlich moralische, sehr moralische.

Das Endresultat war: Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Die Gründung der „Deutschen freisinnigen Partei“, wie sie sich — der Kronprinzenpartei, wie der Bohemier sie nennt, ist auf den „Parteitagen“ der Fortschrittler und Sozialisten, die am 16. März in Berlin stattfanden, „begeistert“ gutgeheißen worden. Nur die Herren Wendt und Lenzmann von der Fortschrittspartei erklärten, wegen des manchesterlichen Programms der Verbindung nicht beitreten zu können, desgleichen einige bisher festgenommene Abgeordnete. Das that aber dem Jubel der „Vereinigten“ kein Abbruch!

Wir gönnen ihnen die Freude. Wenn nur dem Kaufsch kein Jammer folgt!

Wer sich über den Freisinn dieser „freisinnigen“ Partei irgendwelche Illusionen hingeben mochte, dem ist auf dem Bankett derselben gründlich der Saft gestochen worden. Natürlich ward dasselbe mit ein „bonnender“ Doch auf den Kaiser eröffnet, dem, nach Ricker, „alle unsere Kräfte widmen“, und den „wir“ in Wirklichkeit lieber als morgen zu seinen Bäckern verdammt sehen möchten. Das geht einmal nicht ohne ein bißchen Heulerei!

Dann aber beginnt Herr Hänel (wir zitierten nach der „Berliner Volkszeitung“):

„So haben wir denn, die Liberale Vereinigung und die Deutsche Fortschrittspartei, endgiltig den Bund geschlossen zum Schutz der Freiheit und der Gesellschaftsordnung, auf welcher das deutsche Bürgertum emporgeblüht ist (Beifall), zum Schutz gegen alle Feinde des Gutes des deutschen Volkes, mögen sie rechts oder links von uns stehen!“

Der „Freisinn“ ist also nicht einmal im Stande, den Gedanken fassen, daß die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsordnung nicht letzte, höchste Stufe der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft ist, ihm gilt eine Gesellschaft, in der die Massenarmuth Naturgesetz ist, heilig und unantastbar! Sehr „förmlich“ um mit Bismarck zu reden.

Nach Hänel kommt Richter, der, weniger verblümt als sein jetziger Intimus, „So stehen wir im Kampf gegen die Sozialdemokratie links zusammen!“ herauspoltert. Und wieder erfolgt stürmisches Gekröse der begeisterten Festsetzer.

Bei solcher Entschiedenheit nach — links, wäre es ein Verbrechen, die Fähigkeit der deutschen „Freisinnigen“ bezweifeln zu wollen.

Das „Recht auf Arbeit“ findet in Preußen seine wirkliche Bekanntheit in den famosen Arbeitskolonien, die Bismarck'sche Schöpfung christlich-konservativ-sozialer Nächstenliebe. Wir haben diese, von dem Pastor Bodeck wigg zuerst in's Leben gerufenen Institute von Anfang an — als sogar sonst vorrichtige Leute noch meinten, etwas sei vielleicht doch gut daran — bereits als das gefehlt, was sie nach der aus den (Ruster-) Statuten herausgehauenen Gesinnung ihrer Gründer werden mußten: als unter jugendhausmäßige Arbeitskolonien für Arbeitslose, als Ställe, wo Brod von Wölfen!

Was seitdem über diese Kolonien in die Öffentlichkeit gedrungen, unsere Vorherhersage vollauf gerechtfertigt; aber bis zum letzten Lufthauch bestätigt, ja noch weit in den Schatten gestellt wird dieselbe durch die Bericht über die Arbeitskolonie Seyda (Provinz Sachsen) von der „Halberstädter Sonntagszeitung“ von einem gewissen Inspektoren erhalten hat und zur Veröffentlichung bringt. Wir bedauern wirklich, daß uns der Raum mangelt, diesen Bericht wörtlich abzubilden die Hauptstellen glauben wir jedoch unsern Lesern nicht vorenthalten zu dürfen.

Bei der Einweihung, heißt es da, „waren eine Anzahl Pastoren, Bürgermeister, Schulken u. s. w. anwesend, und der Generalinspektor Müller aus Magdeburg hielt die Eröffnungsspreche. Aber bereits eingetretenen 17 Sträflinge — bitte um Entschuldigung, „Nisten“ — wurden währenddem abseits in eine Stube verwiesen, durften während der Feier nicht sehen lassen.“

Dagegen hielt der Oberpräsident von Dessau später den Inspektoren bei einem Besuch, wo er Alles vortrefflich fand, eine schöne Rede, „daß uns zu Gemüthe, daß wir nur aus Gnade und Barmherzigkeit befreit worden, daß wir nunmehr aber auch fromm und gottesfürchtig sein sollten. Wer aber sich weigere, Sonntags nach Seyda in die Kirche zu gehen, der würde sofort entlassen werden.“

Diese päpstliche Ermahnung ging uns Allen sehr zu Herzen; ich nämlich dachte ermahnen, daß wir in unserer braunen Sträflingskleidung alle Sonntags nach Seyda in die Kirche transportirt wurden, wo Kinder spaßweise hinter uns herliefen und riefen: „Da kommen braunen Bagunden.“

Einige von uns, die noch nicht so hart in der Schule des Elends gefotten waren, fühlten dadurch sich so beschämt, daß sie lieber „irdische Paradies Seyda“ verließen, als wieder solchen Spießrathen mitmachen.“

Die Arbeit für die Kolonisten, soweit sie nicht für die Anstalt-Schuhmacher, Schneider u. s. w. beschäftigt sind, besteht in der

## Feuilleton.

### Der „lange Fasching“ von 1848.

III.

„Meine Herren! In Geldfragen hört die Gemüthlichkeit auf!“

So sehr Danneberg darüber lächeln mag, sein Programm war ein ehrliches Programm, ein bravgemeintes Programm.

Er wollte die Staatsmacht härten, nicht nur gegen die Anarchie, d. h. gegen das Volk, er wollte sie auch härten gegen die Reaktion, d. h. gegen die Krone und die feudalen Interessen, soweit sie dem Geldsäckel und den „nothwendigsten“, d. h. den bescheidensten politischen Präntationen der Bourgeoisie gegenüber sich durchzusetzen versuchen sollten.

Das Ministerium der That war seiner ganzen Zusammenfassung nach schon ein Protest gegen diese „Reaktion“.

Vor allen früheren preussischen Ministerien zeichnete es sich nämlich dadurch aus, daß sein wirklicher Ministerpräsident der Finanzminister war. Der preussische Staat hatte Jahrhunderte lang auf's sorgfältigste verheimlicht, daß Krieg und Inneres und auswärtige Angelegenheiten und Kirchen- und Schulsachen und sogar das königliche Hausministerium und Glaube, Liebe und Hoffnung den profanen Finanzen untergeordnet sind. Das Ministerium der That stellte diese verdrücklich-bürgerliche Wahrheit an seine Spitze, indem es Herrn Danneberg an seine Spitze stellte, den Mann, dessen ministerielles Programm gleich seinem Oppositionsprogramm sich dahin resumirte:

„Meine Herren! In Geldfragen hört die Gemüthlichkeit auf!“

Die Monarchie war in Preußen zu einer „Geldfrage“ geworden. Gehen wir nun von dem Programme des Ministeriums der That zu seinen Thaten über.

Mit der Drohung der „verstärkten Staatsmacht“ gegen die „Anarchie“, d. h. gegen die Arbeiterklasse und alle Fraktionen des Bürgertums, die nicht bei dem Programme des Herrn Danneberg stehen blieben, wurde Ernst gemacht. Man kann sogar sagen, daß, mit Ausnahme der Erhöhung der Kübener- und Branntweinsteuer, diese Reaktion gegen die sogenannte Anarchie, d. h. gegen die revolutionäre Bewegung, die einzige ernsthaftige That des Ministeriums der That war.

Rühwetter resumirte diese Seite der Bestrebungen des Ministeriums der That in seiner Keuseher: „Ein Staat, der recht frei sein wolle, müsse ein recht großes Polizeipersonal als exekutive Macht haben“, wozu Danneberg selbst die bei ihm stabil gewordene Klasse murmelte: „Es werde dies auch zur Herstellung des Vertrauens zur Behebung der darniederliegenden Handelsfähigkeit wesentlich beitragen.“

Unter dem Ministerium der That „stärkten“ sich also die altpreussische Polizei, das Parquet, die Bureaukratie, die Armee — weil im Solde, auch im Dienste der Bourgeoisie, wählte Hansemann — Genug, sie „stärkten“ sich.

Die Stimmung des Proletariats und der bürgerlichen Demokratie dagegen wird durch ein Faktum charakterisirt. Weil einige Reaktionen einige Demokraten in Charlottenburg mißhandelten, stürmte das Volk das Hotel des Ministerpräsidenten in Berlin. So populär war das Ministerium der That geworden. Am andern Tage schlug Hansemann ein Gesetz gegen die Zusammenrottungen und öffentlichen Versammlungen vor. So schlaue Intrigue er gegen die Reaktion.

Die wirkliche, greifbare, populäre Thätigkeit des Ministeriums der That war also eine rein polizeiliche. In den Augen des Proletariats und der bürgerlichen Demokratie, vertrat dies Ministerium und die Vereinbarerversammlung, deren Majorität im Ministerium vertreten war, und die preussische Bourgeoisie, deren Majorität in der Vereinbarerversammlung die Majorität bildete, nichts anders als den alten, wieder aufgestellten Polizei- und Beamtenstaat. Die Erbitterung gegen die Bourgeoisie war hinzugekommen, weil die Bourgeoisie herrschte und in der Bürgerwehr zu einem integrierenden Theil der Polizei sich herangebildet hatte.

Das war die „Würgerengenschaft“ in den Augen des Volks, daß auch die liberalen Herren von der Bourgeoisie — polizeiliche Funktionen übernehmen. Also eine verdoppelte Polizei!

Nicht in den Thaten des Ministeriums der That, sondern in seinen organischen Gesetzentwürfen tritt es erst hervor, daß es die „Polizei“, den letzten Ausdruck des alten Staats, nur im bürgerlichen Interesse „härte“ und zu Thaten anspornte.

In den von dem Ministerium Hansemann vorgelegten Entwürfen zur Gemeindeordnung, den Gesetzentwürfen, dem Bürgerwehrgesetz ist der Besitz in einer oder der andern Form stets die Grenze zwischen dem gesetzlichen und dem ungesetzlichen Lande. In allen diesen Gesetzentwürfen sind der königlichen Macht zwar die servilen Konzessionen gemacht, denn nach dieser Seite hin glaubte das bürgerliche Ministerium einen unschädlich gewordenen Bundesgenossen zu besitzen, aber zur Entscheidung tritt die Herrschaft des Kapitals über die Arbeit desto rückfichtloser hervor.

Für das Volk also resumirte sich das Ministerium Hansemann praktisch in dem altpreussischen Polizeistatuum, theoretisch in belgisch beleidigenden Unterscheidungen zwischen Bourgeois und Nichtbourgeois.

Gehen wir zum andern Theil des ministeriellen Programms über, zu der Anarchie gegen die Reaktion.

Nach dieser Seite hin hat das Ministerium mehr fromme Wünsche als Thaten aufzuweisen.

Zu den frommen bürgerlichen Wünschen gehört der vorerwähnte Verkauf der Domänen Privatbesitzern, d.

instituts an die freie Konkurrenz, die Verwandlung der Seehandlung in ein Privatinstitut u. s. w.

Wie es dem bürgerlichen Ministerium gelungen war, das fälschliche Proletariat, die bürgerliche Demokratie und die Feudalen gleichmüthig gegen sich zu erbittern, so mußte es selbst die vom Feudalismus und jochte Bauernklasse sich zu entfernen und zu verfeinden, Esrigte darin unterstützt von der Vereinbarerversammlung. Man gese überhaupt nicht, daß während der Hälfte ihrer Lebensfrist Vereinbarerversammlung in dem Ministerium Hansemann ihren sachgemäßen Repräsentanten fand, und daß die bürgerlichen Märtyrer von heute Danneberg'sche Schleppträger von gestern waren.

Der unter Hansemann durch Platon vorgelegte Entwurf zur Freie von den Feudalklassen war das jämmerlichste Nachwerk mächtigen bürgerlichen Gelüsts, die Feudalprivilegien, diese mit „neuen Staatsverfassung unentraglichen Verhältnisse“ abuschaffen, bürgerlicher Angst, sich revolutionär an irgend einer Sorte des Elends zu vergreifen. Der jämmerliche, bange, engherzige Egoist verblendete die preussische Bourgeoisie in dem Grade, daß sie die nothwendigsten Bundesgenossen — die Bauernklasse von sich zurückstieß.

Am 3. Juni stellte der Abgeordnete Hanow den Antrag, „daß schwebenden Verhandlungen behufs der Auseinandersetzung der ausführenden Verhältnisse und behufs der Dienstleistungen bis zum Erlaß eines neuen, auf billigen Grundbesitz gebauten Gesetzes über Angelegenheit sogleich auf einseitigen Antrag eingestellt werden möge.“ — Im August, wenn wir nicht irren, erkannte die Vereinbarerversammlung den Antrag auf „sofortige Aufhebung der Roldienste“ für „nicht dringlich“ — und die Verhältnisse es als dringlich erkennen sollen, sich für dieselbe Vereinbarerversammlung zu schlagen, die sie hinter den faktischen Zustand, den sie dem März erobert hatten, zurückzuführen?

Die französische Bourgeoisie begann mit der Befreiung der Bauern mit den Bauern eroberte sie Europa. Die preussische Bourgeoisie so sehr in ihren engsten, nächstliegenden Interessen befangen, daß selbst diesen Bundesgenossen verheerzte und zu einem Werkzeuge in Hand der feudalen Kontrerevolution machte.

Die offizielle Geschichte von der Auflösung des Bürgerministeriums ist bekannt.

Danneberg wurde einfach düpirt, wie er überhaupt die düpirt Bourgeoisie darstellte. Man ließ ihn glauben, die Krone werde ihn in seinen Umständen fallen lassen. Man ließ ihn den letzten Schein der Popularität verlieren, um ihn endlich den Rankinen der Kräfte hinopfern und sich von der bürgerlichen Vormundschaft befreien zu lassen. Ueberdem erforderte der mit Russland und Oesterreich verabschiedete Feldzugsplan einen von der Kamarilla außer der Vereinbarerversammlung ernannten General an der Spitze des Kabinetts. Unter dem Bürgerministerium war die alte „Staatsmacht“ hinreichend „erstarkt“, um die Krone zu dürfen.

machung von 400 Morgen abgeforstetem Wald. Dieses nasse, morastige, sumpfige und sandige, voll Baumstämme stehende Land — — — wird nach 15 Jahren ein hübsches Rittergut abgeben, welches schon einen Liebhaber gefunden wird, welchen das mit unermesslichem und unermesslichen Aufwand gebaute Land zum Millionär machen wird. — — —

Das Essen besteht etwa aus den Bestandteilen, wie in jeder andern Gefangenenanstalt, ebenso die Hausordnung. — — — Dabei die härteste Arbeit, wie Stumpferoden und Erdbefahren mit dem Schiebkarren u. s. w. Des Sonntags aber gibt es weder Frühstüd noch Vesperbrod, da müssen die Leute vom Singen und Beten fast werden. Das ward sogar an beiden Weihnachtsfeiertagen eingehalten.

In der Woche gibt's dreimal „Fleisch“. Das Fleisch für 93 Kolonisten habe ich, als ich Küchendienst verließ, gewogen. Es betrug gerade 8 1/2 Pfund, obwohl 15 Pfund Fleisch geholt waren. Die fehlenden 6 1/2 Pfund waren für den Hausvater und für die zwei „Brüder“, welche die Anstalt leiten. Entlassene Zuchthaussträflinge versicherten, daß das Essen im Zuchthaus besser gewesen.

Beim Eintritt in die Kolonie wird ein Jeder von der Anstalt eingekleidet, wofür ihm 27 M. 50 Pfg. angerechnet werden, die der Kolonistensträfling alsdann abzugeben hat. Und nun höre man, wie dies geschieht!

In den ersten 14 Tagen ist er nur zur Probe da, erhält also gar keinen Verdienst gutgeschrieben (wird menschenfreundlichen Arbeitgebern zur Raucherung empfohlen). Nach 14 Tagen wird der Verdienst des freimüthigen Sträflings vom Hausvater Keusel abgehakt. Der niedrigste Verdienst ist pro Tag — nichts, der allerhöchste Verdienst täglich 25 Pfennig. Alle Stufen von 5 bis 20 Pfg. täglichen Verdienstes sind ebenfalls vertreten. Wer behaftet oder schwächlich ist, verdient eben nichts — wer stark und kräftig ist, 25 Pf. täglich, allein das Resultat für den Sträfling ist dasselbe.

Er kann in den 13 Wochen, die als das Maximum der „Erholung“ in Seyda festgesetzt sind, unter keinen Umständen die obige Schuld abverdienen. Nach haurer Arbeit für lachende Erben erhält er sein altes Zeug zurück und wird ohne einen Pfennig Geld wieder seinem Schicksal preisgegeben!

Allen jetzt jedoch die Krone auf die vielgerühmte „Arbeitsnachweisung“.

Jedem ein Gutsbesitzer braucht Arbeiter, wendet sich an die Kolonie und bietet einen Hundelohn. Da wird ihm denn der „Vorschuß“ für die Kleidungsstücke des „Bagabunden“ berart überwiesen, daß er ihn am Lohn abzichen und der Anstalt bezahlen muß. — — —

„Das Handwerker in ihrer Profession untergebracht werden, ist mir nicht bekannt.“

„Das, deutsches Volk!“ — schließt der Einsender — „ist die vielgepriesene Menschenfreundlichkeit Deiner Bagabundenkolonien. Das Ganze ist eine Ausbeutung der Armen und Elenden unter Euch zu Gunsten einiger Pfaffen, Betrüger und zukünftiger Rittergutsbesitzer.“

Friedr. Bartholomäus, Kolonist Nr. 2 der Bagabundenkolonie Seyda.

Wenn dieser Bericht noch einen Kommentar bedürfte, so hat ihn die Regierung von Regensburg geliefert. Sie hat das „Halberstädter Sonntagsblatt“ auf Grund des Sozialistengesetzes verboten!

Das ist praktisches Christenthum!

— Kindliches Vergnügen. Es ist das glückliche Privileg der Impotenz, daß sie sich für ihre tatsächliche Leistungsfähigkeit durch eingebildete Leistungen zu entschädigen weiß. Impotente Parteien verwenden materielle Hülfsmittel regelmäßig in moralischen Erfolge. So sollte z. B. die national-liberale Partei von einem moralischen Erfolge zu ändern, bis sie zuletzt in den bekannten Sumpf geriet, aus dem es kein Entrinnen gibt, und in dem sie nun versteinert und verfaulen muß.

Keinlich suchen die reaktionären Parteien sich über das nicht mehr wegzuleugnende Fiasko des Sozialistengesetzes dadurch hinwegzuhelfen, daß sie — in ihrer Phantasie — die sozialdemokratische Partei „gepalten“ sein lassen. Die Spaltungen innerhalb der Sozialdemokratie sind — schreibt man uns — seit längerer Zeit, das heißt: genau seit der Zeit, wo das Fiasko des Sozialistengesetzes der trüben Dämmerung unserer (liberalen und konservativen) Reaktionen zwar nicht tödtete, aber doch in unabwendlicher Greifbarkeit zum Bewußtsein gekommen ist — eine stehende Rubrik der gemäßigten Reaktionspresse. Die Spaltungen innerhalb der Sozialdemokratie gehören zu jenen Wunden, die nicht sterben können; heute widerlegt, tauchen die Gerüche morgen wieder auf, hundertfach wechselnd, bald in dieser, bald in jener Gestalt, nach Art der Rebellbilder, was übrigens ganz natürlich ist, da es doch nur Nebel und blauer Dampf.

Jede Keuherung eines Parteimitgliedes oder „Parteiführers, die nicht dem genau zu entsprechen scheint, was die Gegner sich nach Willkür und Laune als unser Parteiprogramm oder unsere Parteitaktik zurechtgelegt haben, wird triumphierend als „Beweis der Spaltung“ aufgeführt; und hat ma. eine wirkliche Keuherung, je nun, so erfindet man eine oder auch gleich ein halbes Schod, ja ein ganzes „Pronuntiamiento“. Wir können die Herren Gegner nicht hindern, sich diesem kindlichen Vergnügen hinzugeben, und — offen gefanden — haben wir auch keine Lust, sie daran zu hindern, denn ihr kindliches Vergnügen hat die vortheilhafte Doppelseitigkeit, uns zu amüfieren und zu gleicher Zeit uns zu nützen. Und beides in hohem Grade. Wenn unsere Gegner uns besser kennen, würden sie uns mehr schaden können. Je krasser

Man täuschte sich in Pful. Der Sieg der Kronen zu Wien machte selbst einen Brandenburg zu einem brauchbaren Werkzeuge.

Unter dem Ministerium Brandenburg wurde die Vereinbarerverammlung schmächtig auseinandergejagt, gesoppt, verhöhnt, gedemüthigt, verfolgt und das Volk blieb gleichgültig im entscheidenden Augenblicke. Ihre Niederlage war die Niederlage der preussischen Bourgeoisie, der Konstitutionellen, also ein Sieg der demokratischen Partei, wie theuer diese den Sieg auch bezahlen mußte!

Über die oftgerühmte Verfassung? Einst hieß es, nie werde ein „Stück Papier“ sich zwischen den König und sein Volk drängen. Jetzt heißt es: Nur ein Stück Papier soll sich zwischen den König und sein Volk drängen. Die wirkliche Verfassung Preussens ist der — Belagerungszustand. Die oftgerühmte französische Verfassung enthält nur einen § 14, welcher sie lauscht. Jeder Paragraph der oftgerühmten preussischen Verfassung ist ein § 14.

Die Krone oftropirt durch diese Verfassung neue Privilegien — nämlich sich selbst.

Sie gibt sich selbst frei, die Kammern in indefinitum aufzulösen. Sie gibt den Ministern frei, in der Zwischenzeit beliebige Gesetze (auch über Eigentum u. dgl.) zu erlassen. Sie gibt den Deputirten frei, die Minister deswegen anzuklagen, auf die Gefahr hin, als „innere Feinde“ in Belagerungszustand erklärt zu werden. Sie gibt endlich sich selbst frei, wenn im Frühling die Akten der Kontrevolution hochstehen, an die Stelle dieses in der Luft schwebenden „Stück Papiers“ eine aus den mittelalterlichen Ständekontroversen organisch herauswachsende christlich-germanische Magna Charta zu setzen oder das Verfassungsspiel überhaupt aufzugeben. Selbst in dem letzten Falle würde der konservative Theil der Bourgeoisie die Hände falten und beten:

„Der Herr hat's gegeben, der Herr hat's genommen, der Name des Herrn sei gelobt!“

Die Geschichte des preussischen Bürgerthums wie überhaupt des deutschen Bürgerthums von März bis Dezember beweist, daß in Deutschland eine rein bürgerliche Revolution und die Gründung der Bourgeoisie herrschaft unter der Form der konstitutionellen Monarchie unmöglich, daß nur die feudale absolutistische Kontrevolution möglich ist oder die sozialrepublikanische Revolution.

Daß aber selbst der lebensfähige Theil der Bourgeoisie wieder aus seiner Apatie erwachen muß, dafür bürgt vor Allen die Kontrevolution, mit der die Kontrevolution ihn im Frühjahr überraschen wird und — wie unser Hansemann so sinnig sagt:

„Keine Herren! In Geldfragen hört die Gemüthlichkeit auf!“

ihre Ignoranz, je hartnäckiger ihre Selbsttäuschung, desto größer ihre Selbsttäuschung.

Nur eine Bemerkung sei noch bei dieser Gelegenheit gemacht. Die Disziplin unserer Partei hat seitens unserer Gegner wiederholt bewundernde Anerkennung gefunden: diese Disziplin ist glücklicherweise eine Thatfache, um welche die Gegner freilich, mit ihrer Unfähigkeit, die Dinge zu sehen, wie sie sind, einen dichten Schleier von Hypothesen gewoben haben.

Auf Grund dieser Thatfache haben sie nun die Schlussfolgerung auf gebaut, daß diese Disziplin sich auch auf das Denken und Reden der Parteimitglieder erstreckt. Die Herren beurtheilen uns eben nach sich selbst. Da sie selber schablonenmäßig denken, eine geistige Uniform und Litore tragen und alle über einen Kamm geschoren sind, meinen sie, das müsse auch bei uns der Fall sein. Sie verurtheilen hiermit wieder nur ihre kolossale Unkenntnis der Sozialdemokratie, deren Wesen ihnen mit sieben Siegeln verschlossen ist. Daß die Sozialdemokratie die freieste Entwicklung der Individualität und das freie und harmonische Zusammenwirken der freien und frei entwickelten Individualitäten erstrebt, davon haben diese Leute keine Ahnung, die zwar für den Individualismus, das heißt das Recht des Individuums auf individuelle Entwicklung, in die Schranken treten, jedoch — mit der ihnen eigenen Wortfalschmünzerei — unter Individualismus in Wirklichkeit das verstehen, daß eine winzige Minorität von Individuen die ungeheure Majorität der Individuen unter der Waage der kapitalistischen Produktion auspreßt, plattbrückt und der Individualität vollständig entkleidet. Gerade bei der sozialdemokratischen Partei geht mit der strengsten Parteidisziplin die individualistischste Auffassung des Parteiprogramms Hand in Hand — wohl gemerkt des Parteiprogramms — denn außerhalb seines Rahmens gibt's keine Sozialdemokratie.

Die Wissenschaft muß frei sein, und da der Sozialismus auf der Wissenschaft fußt, ja in seiner Ausbildung die höchste Entwicklung der Wissenschaft bedeutet, so kann die sozialdemokratische Partei in Anbetracht ihres Ursprungs und ihrer Ziele ihre Mitglieder nicht in das Profitebrett eines ehernen Dogmas hineinpressen, sondern muß ihnen — immer innerhalb des Programms und unbeschadet der Parteidisziplin — absolute Freiheit des individuellen Denkens und Handelns einräumen. Wäre dem nicht so, dann würden wir auf das Niveau einer ohnmächtigen Sekte herabsinken und nicht die weltbewegende Partei sein, welche schon heute das politisch-soziale Leben der modernen Kulturstaaten bestimmt, und welche es morgen beherrschen wird.

— Die letzte Session des Reichstags scheint sich recht hübsch zu gestalten. Ist schon das Unfallgesetz ein Ausnahmengesetz gegen die Arbeiter, so ist als Zugabe noch eine Novelle zum Unfallkassengesetz am Montag zur Beratung gelangt, die keinen andern Zweck hat, als die Regierung und dem Fabrikantenthum so unbedeuten freien Hülfsmittel der Arbeiter zu weichen. Und am Donnerstag, d. h. heute, soll die Verlängerung des Sozialistengesetzes zur Verhandlung kommen. Ein nettes Trifolium! Wenn nun die deutschen Arbeiter aus lauter Erkenntlichkeit bei den nächsten Reichstagswahlen nicht ausschließlich Regierungskandidaten wählen, so sind sie die undankbarsten Kreaturen, die je die Erde gesehen. Oder kann ihnen die Regierung ihre Achtung und Liebe etwa mehr beweisen, als wenn sie das alte Spiel mit Ruderbrod und Peitsche als unwürdig fallen läßt und ihnen nur noch Peitsche und — Knebel entgegenhält? Sicherlich nicht! Und deshalb ein Hoch auf Siedler, Wagner und Cremer — diese heilige bismarckherrschende Dreieinigkeit!

— Etwas für christlich-konservative Sozialreformer. Man ist gewöhnt, schreibt man uns aus Wittweida, es als eine Eigenthümlichkeit der modernen Bourgeoisie anzusehen, sich ihrer Arbeitskräfte, sobald sie alt und abgenutzt sind, zu entledigen. Früher mag dies ja auch im Allgemeinen bei den altadeligen Großgrundbesitzern nicht der Fall gewesen sein. Man hielt sich ehrenhalber für verpflichtet, das dienende und arbeitende Personal, wenn es alt und arbeitsunfähig geworden, nicht hilflos fortzuschicken. Daß aber die heutige Generation der adeligen Großgrundbesitzer in dieser Beziehung andere Ehrbegriffe hat, zeigt recht deutlich folgender Fall.

Der sächsische Gesandte am preussischen Hofe, von Rositz Wallwitz, ein Bruder des sächsischen Ministers, hatte von seinem Vater in der Nähe von Wittweida eine schöne Besitzung ererbt und mit dieser auch einen Gärtner Namens Kaulfuß. Dieser Kaulfuß hatte, nachdem er über 10 Jahre lang auf dieser Stelle seinen Dienst versehen, das Unglück, eines Tages bei der Arbeit von einem Baume zu fallen und sich dabei einen bedeutenden Bruchschaden zuzuziehen. Am andern Tage kam Erzellen zu ihm in den Garten und erkundigte sich theilnehmend, was ihm passirt sei. Als Kaulfuß sagte, daß er einen Bruch bekommen habe, erwiderte Erzellen: „Da laufen Sie sich nur ein Bruchband.“ Wovon, sagte Erzellen nicht, obwohl der Lohn des Gärtners ein sehr bescheidener war. Inbezug wollte es trotz Bruchband mit der anstrengenden Arbeit nicht mehr recht gehen. Das mußte auch Erzellen v. Rositz Wallwitz gemerkt haben, denn — eines Tages wurde Kaulfuß entlassen und soll nach Dresden verzogen sein, wo er Verwandte hat, die mehr Rücksicht und mehr Koblesse besitzen als Erzellen v. Rositz Wallwitz!

— Nicht wirtschaftlich. „Die Führer der sozialdemokratischen Partei, die ich auch nur für eine politische, nicht für eine wirtschaftliche halte“, sagte Bismarck in seiner Rede vom 15. März. Das ist eine wahrhaft geniale Entdeckung. Weil unsere Partei, welche wie keine zweite ihren wirtschaftlichen Charakter bei jeder Gelegenheit betont, ihm nicht den Gefallen that, die durch und durch reaktionäre Trennung der politischen von der wirtschaftlichen Frage zu proklamieren, ist sie für den Mann, welcher gleichzeitig preussischer Handelsminister und deutscher Reichskanzler ist, überhaupt keine wirtschaftliche Partei.

Nun, wir werden diesen Schlag wohl noch überwinden.

— Bei der Nachwahl im zweiten Reiningischen Wahlkreis (Cottbus-Bezirk) erhielt, soweit bis Reaktionskassengesetz bekannt, Genosse Biereck 2592, der liberale Kandidat, Senator Witte, 4104 und der konservative, Lok, 1283 Stimmen. Nur im Jahr 1877, in der Zeit der größten Agitation, war das Resultat für unsere Partei ein günstigeres gewesen, 1878 wurden für uns nur 809 Stimmen abgegeben, während 1881 die dortigen Genossen gar nicht in die Wahl-agitation eintraten. Die Leute waren dort ganz entnervt, und es war schon als ein hocherfreuliches Zeichen zu begrüßen, daß sie überhaupt in den Wahlkampf eintraten.

Um so glänzender das Resultat!

— Vorbote für die kommende Reichstagswahl. Man schreibt uns aus Heildronn: Am 12. März wurde hier ein Landtagsabgeordneter gewählt zum Ersatz für den verstorbenen Abgeordneten Wust. Unter der Parole: Nur keine Aufregung! nur kein Wahlkampf, nur Friede! vereinigte sich die ganze reaktionäre Masse — Volksparteiler, Nationalliberale und Konservative — auf einen gewissen Herrn Adolf Fejerabend, der weiter gar nichts ist, als der Schwiegervater eines vielfachen Millionärs. Nachdem dieser große Mann zu erklären gerührt hatte, daß er das Mandat gnädigst anzunehmen geruhe, pfaunte die reaktionäre Masse in alle Winde hinaus: Hofmann! Hofmann! Diesmal bleibt uns ein Wahlkampf erspart, Herr Fejerabend ist der Kandidat aller Parteien!

Wir ließen die Gegner ruhig schwachen und suchten in aller Stille einen Gegenkandidaten. Diesen fanden wir aber erst nach langem Suchen, und erst acht Tage vor der Wahl, in der Person des Genossen Theodor Luz, Apotheker in Stuttgart. So konnten wir erst vier Tage vor der Wahl losgehen. In diesen vier Tagen aber geschah Alles, was möglich war. Es wurden drei stark besuchte Wählerversammlungen abgehalten und zwei Flugblätter vertheilt. Wir haben die Reaktionen schwächen gemacht. Das Resultat war folgendes: Fejerabend 1501, Luz 721 Stimmen.

Um diesen unseren Erfolg recht zu würdigen, mögen die Genossen berücksichtigen, daß wir bei der letzten Reichstagswahl nur etwas über 100 Stimmen für Babel zusammenbrachten, daß für Fejerabend auch der Reichstagsabgeordnete Härle eingetreten ist, der bisher von den hiesigen Arbeiter wie eine Art Halbgoth verehrt wurde, und daß Genosse Luz vor seinem Auftreten als Kandidat im hiesigen Kreise gänzlich unbekannt war.

Seit acht Jahren agitiren wir hier für die Sozialdemokratie; bisher

schien Alles vergeblich. Jetzt aber haben die hiesigen Arbeiter Feuer gefangen, und in der letzten Wählerversammlung, die am Abend des Wahltags stattfand, waren die Leute bereits so begeistert, daß sie sich an einem vollparteilichen Advokaten, der für Fejerabend sprach, thätlich vergriffen hätten, wenn unser Genosse Kitter nicht energisch dazwischen getreten wäre. Summa Summarum: wir können zufrieden sein, es geht vorwärts!

— Puttkamerchen will, schreibt man uns, im Reichstag den Antrag auf Verlängerung des Sozialistengesetzes vertreten und dabei — wie seine Organe schmunzelnd verkünden — mit „massenhaftem Material“ aufwarten. Nun, das „massenhafte Material“ des Puttkamerchen kennen wir; wir kennen auch massenhaftes Material, welches Puttkamerchen nicht kennt, und wir kennen weiter massenhaftes Material, welches sich gegen Puttkamerchen verwenden läßt. Also nur zu: die Weigen sind gestimmt, und will Puttkamerchen ein Täuschgen wagen, wir spielen ihm auf und tanzen mit!

— Ein Mr. Warren, der neulich in Bernards town verstarb, hinterläßt sein ganzes Vermögen zu dem Zwecke, „um jenes schreckliche alte Ungeheuer im Dienste des Königthums, Religion genannt, anzusehen.“ Er war einmal orthodox gewesen, wurde aber durch an ihm verübte Betrügereien der Frommen ungläubig.

Ein Gegenstück dazu — bemerkt die „New Yorker Volkszeitung“ — ist Herbert Spencer, der vormalige Agnostiker und Philosoph, der jetzt an Geistesverwirrung leidet und die Religion für nöthig und heilsam erklärt. Denn da die Wissenschaft doch niemals die letzten Gründe aller Dinge erforschen könne, so sei die Religion mit ihren Erbkungen dafür ein Ersatz.

Ebenso denkwürdig hätte er behaupten können, da doch einmal für den Tod kein Kraut gewachsen ist, sei der allgemeine Selbstmord das einzig Richtige, um glücklich zu leben.

Ganz unsere Ansicht, die wir uns so energischer betonen, als es in Deutschland selbst in radikalen Kreisen zum guten Ton zu gehören beginnt, auf den „unwissenschaftlichen“ Atheismus loszupauken. Als ob der Atheismus überhaupt bewiesen zu werden brauchte!

— Die Brodfrage zeitigt auch in England wunderbare Erscheinungen. „Vor wenigen Jahren“ — schreibt die Londoner „Justice“ — kostete das Mehl 60 Sh. der Sad, während die Bäcker denselben Preis für das Brod forberten wie jetzt, wobei sie ganz gut zu leben hatten. Jetzt ist der Preis für Mehl 32 Sh. pro Sad, so daß die Zwischenhändler bei jedem Sad Mehl 28 Sh. einstecken, abgesehen von dem Profit, den sie früher machten. Ehe Produktion und Distribution nicht vollständig anders organisiert sind, werden die Arbeiter nicht zu dem Jhrigen kommen.

— Zum zweiten Male hingerichtet wurde der berüchtigte „Sozialistendotter“ und national-liberale „Agitator“ Bruno Sparg am 9. März in der Generalversammlung der „Leipziger Spar- und Kreditbank“, zu deren Aufsichtsrath er bisher gehört hatte — das einzige „Ehrenamt“, welches ihm noch verblieben war. Es wurde Herrn Sparg bei dieser Gelegenheit vorgeworfen, daß er seine Stellung zu Geldgeschäften zweifelhaftester Art (Rechnen von Extraprovisionen für amtliche Bemühungen) mißbraucht habe, und die angeführten That-sachen waren so schwerwiegend und so kompromittirend, daß Herr Bruno Sparg seines Amtes enthoben werden mußte!

Da es ihm unmöglich sein wird, sich reinzuwaschen, so dürfte seine Rolle nun endgiltig ausgepielt sein. Für die „Ordnungspartei“ im 13. sächsischen Wahlkreis (Leipzig Land), der nur durch die unsaubersten Anstöße dieses traurigen Subjekts den Sozialdemokraten bei den letzten Reichstagswahlen entrißen, oder richtiger gesagt: gestohlen ward, ist das ein um so härterer Schlag, als Herr Dieke-Bommsen, der jetzige gleich traurige Reichstagsabgeordnete, in Folge der skandalösen Spekulationen um sein Vermögen gekommen ist und daher nicht wieder kandidiren kann.

Unter solchen Umständen läßt sich mit Gewißheit darauf rechnen, daß der Leipziger Wahlkreis bei den bevorstehenden Reichstagswahlen wieder unserer Partei zufallen muß, der er von Rechts wegen gehört, weil sie unzweifelhaft die Majorität darin hat.

— England. Die Demonstration, welche unsere Londoner Genossen zur Feier des 18. März veranstaltet hatten, ist, wie wir englischen Bourgeoiszeiten entnehmen, wohl gelungen, trotzdem man ihr in letzter Stunde noch dadurch ein Bein zu stellen suchte, daß die Vermaltung des Highgate-Kirchhofes, auf welchem Marx begraben liegt, bekannt machte, daß sie den Zutritt nicht gestatten würde, sondern daß derselbe die ganze Zeit der Demonstration über geschlossen bleiben werde. Nach der „Daily News“ nahmen über fünftausend Mann an dem Zuge Theil. Die Ansprachen hielten Dr. Kveling in englischer, Salande in französischer und Genosse Volkmar in deutscher Sprache.

Sozial für heute. Einen eingehenderen Bericht denken wir in nächster Nummer zu bringen.

— Zur Verständigung. Unsere Leser werden sich eines Artikels in Nr. 6 des „Sozialdemokrat“ erinnern, der, an eine Kotiz der „New Yorker Volkszeitung“ anknüpfend, von letzterer eine Erklärung darüber verlangte, an welche Adresse diese Kotiz gerichtet sei.

Die gewünschte Erklärung wird uns nun in der „New Yorker Volkszeitung“ vom 27. Februar bereitwilligst gegeben, und glauben wir uns verpflichtet, sie ihrem Wortlaut nach abzdrukken — von der rein formellen Einleitung natürlich abgesehen.

Sie lautet:

„Der „Sozialdemokrat“ meint, wir hätten damit die sozialdemokratische Partei in Deutschland verdächtigen wollen, als „denunziire“ sie andere Bruchtheile der Partei. Nichts hat uns ferner gelegen, als eine solche Unwahrheit, und der „Sozialdemokrat“ hätte ein wenig zwischen unseren Zeilen lesen können. Er hätte gewahr werden müssen, daß unsere Taktik von jeder die gewesen ist, Angriffe, Verlästigungen und Denunziationen der Anarchisten, Internationalen u. s. w. entweder mit Stillschweigen zu übergehen, oder — wo dies der Wahrheit wegen nicht anging — in möglichst sachlicher Weise ruhig zu widerlegen. Unserer Partei hierzulande wegen war unser Artikel ebensowenig nöthig, als der sozialdemokratischen Deutschlands wegen. Er war bloß an die Adresse der obengenannten Gegner gerichtet, nannte aber keine Namen, sondern predigte ganz im Allgemeinen die Einigkeit Allen, die — wenigstens bis zu einem gewissen Grade — dasselbe Ziel erstreben. Unsere wirklichen Sozialdemokraten haben das wohl gewürdigt und gegen den Artikel keine Einsprache erhoben, als gäben wir ihnen unwar „Denunziation“ schuld.

Wir sind mit allen grundsätzlichen Gesichtspunkten der Entgegnung des „Sozialdemokrat“ einverstanden. Wir behaupten im Allgemeinen, daß bei einem Zeitungskrieg zwischen Gesinnungswandlern kein Vortheil herauspringt. Er verfeindet, was doch vielleicht Bundesgenossen hätten bleiben können. Es genügt, Verschiedenheiten in der Taktik unter verwandten Richtungen einfach zu konstatiren und unser Pulver an die gemeinsamen Gegner zu verwenden. Dabei kann man recht wohl überführte Berräter austreiben, des Berraths Verdächtige warnen oder vor ihnen warnen, Denunziationen jächtigen.

Wir haben gegen das jetzige Verhalten unserer Partei in der Alten Welt nichts einzuwenden und behalten uns nur das Recht vor, in unseren Kreisen unsere Taktik zu vertheidigen und sie da zu empfehlen andermwärts, wo sie den Genossen anwendbar erscheint.“

Das ist eine loyale Erklärung, mit der wir uns in der Sache durchaus befriedigt erklären können. Nur seien uns einige beiläufige Bemerkungen gestattet über die Motive, welche uns zu dem obenerwähnten Artikel veranlaßten.

Daß die Kotiz der „New Yorker Volkszeitung“ sich nicht gegen uns richtete, davon waren wir von vorneherein überzeugt, aber unser geschicktes Bruderorgan gibt selbst zu, daß man zwischen den Zeilen lesen mußte, um zu ermitteln, an welchen Adresse die freundliche Einladung, „nicht zu verlästern, nicht zu denunziren“ u. s. w. gerichtet war.

Nun wird der „N. Volksztg.“ nicht unbekannt sein, daß gerade die Stelle, der ihre Ermahnung galt, nach der Praxis und mit der Un-

verföhrenheit routinierter Revolverjournalisten und Denunziationen z. a. n. t. g. Eine solche Lüge war gerade wieder vom Stapel gelaufen, als die Notiz in der „Volksgaz.“ erschien — lag es da nicht für Dritte, weniger Eingeweihte, nahe, die Ermahnung als an unsere Adresse gerichtet anzusehen? In ihrer Allgemeinheit konnte sie so gedeutet werden, und das genügt uns, eine Erklärung zu provozieren, und bei dieser Gelegenheit auch unserer, von dem der „Kemporfer Volkszeitung“ abweichenden Standpunkt zu präzisieren.

Wir sind der Ansicht, daß man, wenn Meinungsverschiedenheiten vorliegen, auch mit Befinnungsgegnossen polemisieren soll. Das sind doch nur recht kleine Geister, bei denen aus einer rein grundsätzlichen Polemik Feindschaft entstehen kann; wir werden eine solche, und sei sie sachlich noch so scharf, stets als Mittel zur Klärung der Situation zu schätzen wissen. Mit dem sicherlich sehr gut gemeinten: „Wir wollen ja alle dasselbe!“ ist schon viel Unheil angerichtet worden, das hätte verhütet werden können, wenn man zur rechten Zeit sich darüber klar geworden wäre, daß wir durchaus nicht dasselbe wollen.

Weit entfernt also, unserem Kemporfer Bruderorgan eine Kritik unseres Verhaltens irgendwie verargen zu wollen, drücken wir vielmehr den Wunsch aus, daß sie, wo es ihr geboten erscheint, ungenirt ihrer abweichenden Meinung Ausdruck gebe, wie wir es ihr auch nicht übel nehmen werden, wenn sie gelegentlich — falls von jener Seite, der wir grundsätzlichen nicht antworten, irgend eine Beschuldigung gegen uns ausgesprochen werden sollte, an der „doch etwas zu sein scheint“ — uns offen die Frage stellt: „Wie ist's damit?“

Aber offen, nicht „zwischen den Zeilen“!

## Korrespondenzen.

— **Kürnberg, 9. März.** Schon seit längerer Zeit sind wir leider nicht in der Lage, besonders Gutes von hier zu berichten, wenigstens im Allgemeinen die Parteibewegung vorzüglich sieht, wozu ja unsere wirtschaftlichen Zustände, die hier — in der industriellen Hauptstadt Bajuvariens — nicht rosig sind als allenthalben, wesentlich beitragen. Wir liegen hier seit Jahr und Tag mit jener erbärmlichen Mäule von Schurken und Verfeumdern, die sich „Anarchisten“ (unter Umständen aber Leugner sie's auch) oder „Sozialrevolutionäre“ nennen und deren Bestreben darauf hinausläuft, die Arbeiterbewegung zu schänden und zu diskreditieren, was sie hauptsächlich durch persönliche Verdächtigungen einzelner hervorragender tätiger Parteigenossen, durch Denunziationen der denkbar gemeinsten und schmutzigsten Art und durch ein förmliches Schuch- und Trugbündnis mit den schlimmsten Feinden der Arbeiterfrage, den „Fortschrittler“, zu erreichen suchen.

Vor mehreren Wochen fand bekanntlich vor dem hiesigen Schöffengericht der Prozeß Grillenberger gegen den Schradtschneider Hofmann statt, welcher damit endete, daß Hofmann der in seinem Bericht, im Verlag des „Frankfurter Kurier“ erscheinenden Flugblatt verübten **verleumdung** schuldig erkannt, trotzdem aber straffrei belassen wurde, da der in seiner Ehre auf's Tiefste angegriffene Grillenberger in seiner Antwort einige scharfe Bemerkungen gebraucht hatte, welche als einfache „Beleidigungen“ angenommen und mit der verleumdung schuldig erkannt, die Hofmann begangen hatte, kompensiert (als ausgeglichen erachtet) wurden!!!

Grillenberger beruhigte sich bei diesem monströsen Urteil in Rücksicht auf den Kostenpunkt, da bei der Berufungsinstant die „Gegenbeleidigungen“ doch höchst wahrscheinlich nicht ganz wegzubringen waren, und er also immerhin einen erheblichen Teil der Kosten zu tragen gehabt hätte. Auch genügt das Urteil gewissermaßen durch den erreichten moralischen Erfolg, daß Hofmann der absichtlichen, böswilligen **Verleumdung** schuldig erkannt war.

Immerhin war das Urteil in jedem Rechtsgrundgesetz in's Gesicht schlagendes. Sogar auf Grund unserer, doch nichts weniger als gerechten Strafgesetze mußte **unter allen Umständen** der Verleumder (welcher notabene selbst sich auf einjährige Monate Gefängnis gefügt gemacht hatte) verurteilt werden und konnte man dem „Gegenbeleidiger“ eine verhältnismäßige Geldstrafe für die im Kampf um seine in der Sache geäußerte Ehre gebrauchten scharfen Worte auferlegen. Niemals aber durfte man durch beiderseitige Freisprechung den in seinem Verleumder durchschlüpfen lassen. Aber — Hofmann ist der Zuträger des „Frankfurter Kurier“, hat den Fortschrittler unsere ganze Wahlorganisation und die innere Bekanntschaft der Partei sowie der hiesigen Genossenschaftsdruckerei denunziert, ist also eine äußerst „werthvolle“ Person und es durfte ihm daher nicht wehe gethan werden. Dazu kommt: der Richter ist Fortschrittler, die beiden Schöffen waren Fortschrittler (einer davon sogar Dobmann) — was war da anders zu erwarten!

Aber es war doch ein großer Fehler, daß Grillenberger sich diese Rechtsbeugung so ruhig gefallen ließ. In solchen Sachen sollte man sich nicht durch den Kostenpunkt abreden lassen, denn gewöhnlich ist der letzte Schaden größer als der erste. Der Teil unserer „bürgerlichen“ Gesellschaft, welcher durch das famose Institut der „Schöffen“ (Schöffe) zur „Recht“spruchung berufen ist, wurde durch diesen „Erfolg“ ermuthigt, und so wurde denn vorgestern von demselben Richter (Schöffen waren: Kaufmann Strung und Klavierhändler Gönzelmann) in der zwischen Sozialdemokratie — denn um diese handelt's sich in Wirklichkeit — und Fortschrittler-Anarchisten schwebenden Serie von Beleidigungsprozessen ein weiteres Urteil gefällt, welches, schamloser als jedes bisher in irgend welcher Sache gefälltes, die Justiz zur Parteimeile stempelt.

Parteigenosse Hasenclever hatte auf Anträgen der hiesigen Genossen das Denunziantenorgan „Frankfurter Kurier“ verklagt, weil dasselbe (auf die erbärmlichen Zuträgereien von Hofmann, Meyer und Konsorten hin) geschrieben hatte, derselbe habe schwindelhafte Sammlungen vorgenommen — es handelte sich um die bekannte Darlehensangelegenheit des hiesigen Druckereigeschäftes —, den Arbeitern unter falscher Vorpiegelung „das Geld aus der Tasche gelockt“ u. s. w. Mit all' diesen Notizen waren stets die gefährlichsten, dubenhaftesten Verdächtigungen Grillenberger's verbunden.

Durch die Zeugenernehmung wurde zur Evidenz festgestellt, daß Hasenclever nichts weiter gethan, als an einen demitellten Freund geschrieben und denselben ersucht hatte, für die Firma Wörlein u. Cie. ein Darlehen beschaffen zu helfen, da dieselbe durch das bekannte Verbot ihres vorjährigen Notizkalenders (welches ein gemeiner Raubakt der Berliner Polizei für Grillenberger's Rede bei der Belagerungszustandsdebatte war) in finanzieller Verlegenheit gestürzt worden war. Bemerkenswert war dabei, daß, wenn das genannte Geschäftswörterbuch, seine Zahlungen einzustellen, dadurch auch die Genossenschaft, der die Druckerei gehört, fallen müßte, was einen sehr läßlichen Eindruck machen würde, ja eventuell den Verlust des Wahlkreises für die Partei herbeiführen könnte, da eine große Anzahl kleiner Leute mit ihrem Ersparnissen bei dem Unternehmen beteiligt seien.

Diese Anmerkung wird als „falsche Vorpiegelung“ hingestellt, da ein Bankrott des Geschäftes nicht notwendig den Bankrotverlust für Grillenberger bedeute, indem derselbe ja nur Prokurist, nicht aber „Theilhaber“ des Geschäftes ist!

Kann man sich eine infamere Sittenlosigkeit denken? Auf Grund dieser gewaltthätigen Verdrehung der Worte und Thatfachen wird „Ehrenkurier“, welcher unter solchen Umständen berechtigt gewesen sei, von „Schwindel“ zu reden, freigesprochen (!) und der Kläger, d. h. die in demselben getroffene Partei, in sämmtliche Kosten verurtheilt.

Die Berufung gegen dieses auf's den Kopf-Stellen jeglichen Rechtsgefühls wird selbstverständlich angemeldet. Ob sie etwas nützt — wer kann es wissen? Auch die Bestrafung der Richter beim Landgericht sind Fortschrittler, und bei dem hier herrschenden, geradezu ungläublich schroffen Parteisinn ist es nicht feststehend, ob dieselben sich mehr Objektivität bewahrt haben, als jene gewissenlosen Schöffen, die im Parteinteresse das Recht, wie geschilbert, gebeugt haben.

(Som Richter wollen wir nicht noch absehen. Derselbe kann ja überstimmt werden. Ob es so ist, weiß man nicht, doch spricht die Motivierung des „Urtheils“ eher für die Annahme, daß er mit schuldig

ist. Dann kann ihm natürlich baldigste Beförderung zum Staatsanwalt und auch ein Kreuzlein nicht fehlen.)

Für die Berliner, Frankfurter und Magdeburger Genossen ist es vielleicht von besonderem Interesse, zu erfahren, daß Anarchist Meyer, derselbe, der seinerzeit mit einer Anzahl ähnlicher Berrückten den „großen“ Plan gefaßt hatte, in Frankfurt und Umgegend die nötigen Gelder zu sammeln, damit sämmtliche Berliner Ausgewiesenen mit einander zurückkehren und in Berlin „die Revolution anfangen“ könnten, in widerlichste aufdringlichste Weise (er war Kronzeuge des „Frankfurter Kurier“) die inneren Parteioorkommnisse seit Beginn des Ausnahmegesetzes in Form seiner „Zeugenaussage“ denunzierte, wobei es ihm auf den kleinen Reineid nicht ankam, die bekannte längst widerlegte Lüge als Wahrheit aufzutischen, der Ausgewiesene Heinrich habe, nachdem er schon zweimal Geld zum Beginn eines Geschäftes erhalten, noch 1500 Mark zur Etablierung in Magdeburg empfangen.

Wahrscheinlich, diese Hallunken sündigen in frecher Weise auf den Edelmut und die Gutmütigkeit unserer Genossen; in einem anderen Lande wäre solch ein Schuft längst in Stücke zertrümmert. Ihre Redheit ist um so mehr zu bewundern, da sie wohl wissen, daß es Leute in unserer Partei gibt, die es nur einen Heberzug kostete, um die ganze Bande ins Zuchthaus zu speidern; mögen sich gewisse Leute nur desjenigen Reates erinnern, wegen dessen der arme **Sänger unschuldig** in Halle sitzt.

Es ist überhaupt die allerhöchste Zeit, daß die verstaubte Rechtschicht gegen diese Räuber- und Ehrabschneiderbände, die von einer Anzahl Genossen immer noch geübt und protegirt wird, schwindet und mit dem Gefindel gründlich aufgeräumt wird.

Uebrigens befindet sich Anarchist Meyer mit seinem Reineid in „guter“ Gesellschaft. Der Faktor der Druckerei des „Frankfurter Kurier“ beschwor in dem gegen Hofmann und dessen Verleger Tümmel gerichteten Prozeß, der Letztere sei in 36 Jahren keine zehn Mal in's Geschäft gekommen! Dies konstatirte Grillenberger in seinem Verhandlungsbericht und bemerkte dazu, daß der Zeuge auf seinen Eid hin eine unwahre Aussage gemacht habe. Dieser, gottesfürchtig und dreiste, verklagte Grillenberger wegen „Beleidigung“, so daß Grillenberger sich in die Nothwendigkeit versetzt sah, die Einleitung einer Untersuchung wegen Reineid gegen den fortwährenden Faltschneider zu beantragen. Die Voruntersuchung wird pro forma „eingeleitet“, aber schon am Tage nach Vernehmung der Zeugen (welche bestätigten, daß Tümmel jahrelang täglich in's Geschäft gekommen, der Herr Faktor also falsch geschworen) geschlossen, resp. eingestellt und der Beschuldigte außer Verfolgung gesetzt! Warum? Ist zu erfragen beim ersten Herrn Staatsanwalt des königlichen Landgerichts Nürnberg (Schmidt heißt der Ehrenmann), welcher ohne Laichen in seinen „Motiven“ sagt, das dürfe man nicht so wörtlich, sondern müsse es mehr „dem Sinn nach“ nehmen! Wenn aber ein altes Bauernweis in einer Bagatelldache um Haars breit unrichtig ausfällt, oder ihr Alter nicht genau angibt, so liegt sie wegen „Reineid“ in den Käfig.

Hier natürlich liegt die Sache anders: der des Reineids überführte Faktor des „Fr. Kurier“ wäre eine Blamage für das Blatt und die ganze Partei, wäre „werthvolles Material“ für die Sozialdemokraten — ergo muß ihm hinausgeholfen werden. Doch könnten sich die Herren mit dieser Art „Rechtssprechung“ verrecken. Das Volk hat im Allgemeinen einen sehr feinen — sagen wir Rechts-Instinkt und läßt sich solche bodenlose Parteilichkeiten auf die Dauer nicht ungestraft bieten.

Namentlich, wenn noch Sachen dazu kommen, wie folgende. Ehrabschneider Hofmann hatte in seinem Flugblatt unseren Reichstagsabgeordneten und zwei weitere Genossen beschuldigt, sie hätten in einem Beleidigungsprozeß, den der Ehrabschneider gegen einen Parteigenossen angestrengt hatte, unwahr ausgesagt. Jene welche Belege waren dafür nicht angegeben.

Aber fügen wir der genannte Herr Staatsanwalt bei der Hand, sich Reagen durch die Polizei suchen zu lassen (und zwar nur bei Verlastungszwecken, während die Entlastungszwecke, als sie von dem Standesamtlichen Treiben hörten, sich freiwillig meldeten), um Grillenberger und Genossen wegen Reineid verurteilen zu können!

Zum großen Leidwesen des Herrn und seiner Auftraggeber ergaben die Recherchen, daß der Ehrabschneider auch in diesem Fall **alogen** hatte. Hier also auf die vage Angabe eines erbärmlichen Denunzianten hin freiwillig eine Reineids-Untersuchung gegen den gehakten sozialistischen Abgeordneten — dort trotz der Konstatirung des Reineids in mehreren öffentlichen Zeitungsbältern keine freiwillige Freisprechung, sondern erst Antrag nöthig. Dann werden keine Zeugen gesucht, sondern nur die vom Antragsteller angegebenen vernommen und lobdank in aller Gemüthlichkeit die Untersuchung niedergeschlagen! Ein anderes Bild!

Ein maderer Parteigenosse, empört über die Gemeinheiten Hofmann's, erläßt in der „Fr. Tagespost“ einen offenen Brief an den Buchdrucker Tümmel, worin er denselben fragt, ob er sich denn nicht schäme, mit einem solchen Subjekt gemeinam Sache zu machen, und nennt dabei Ehrenhofmann einen „Krauslächneider“ und ein „alfseidmolekules Individuum“, dem kein Mittel für seine Zwecke zu schlecht sei. Diefür wird der Verfasser zu 60 Mk. Strafe verurtheilt — Ehrenkurier aber bleibt wegen der in seinem Beleidigungen, die er Ehrenhofmann angethan, krauslos und setzt in dem Bericht über das Urteil seine Beschimpfungen fort!

Wahrlich, das ist ein Sumpf der Korruption, wie er scheußlicher nicht gedacht werden kann und das alte Sprichwort unserer bayrischen Bauern trifft hier zu: „Recht ist recht, wie man's macht, ist's recht, und Unrecht ist auch Recht.“

Für heute genug, der Höl übermann mich, noch weiter über die moderne, namentlich fortschrittliche, „Gerechtigkei“ zu schreiben.

— **Verdan in Sachien, 14. März.** Auf vorgestern Abend hatten wir eine Versammlung einberufen, in der Genosse Liebkecht erst über allgemeine Wahlrecht und dann über Sozialreform und den herrschenden Rothstand sprechen sollte. Durch dieses unerhörte Ereigniß geriethen unsere Stadtmagnaten in schreckliche Aufregung, sie steckten die Köpfe zusammen und beratheten, wie Stadt und Gesellschaft zu retten hat. Wer sucht der findet, und so ward denn auch hier das Mittel der Rettung glücklicherweise gefunden. Vierundzwanzig Stunden vor der drohenden Versammlung erhielt der Einberufer folgenden Ufah zugestellt:

„Beschluss des Stadtraths zu Verdau vom 11. März 1884.“

Weil durch die Thatfachen, daß 1) Der Einberufer A. Kurich, wie hier bekannt, ein eifriges Mitglied der sozialdemokratischen Partei ist und als i. a. (?) Referent in der in Aussicht genommenen öffentlichen Versammlung der Landtagsabgeordnete W. H. Liebkecht sprechen soll, welcher durch sein bisheriges Auftreten und öffentliches Leben, in Wort und Schrift klar an den Tag gelegt hat, daß er sich die Agitation für die auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten sozialdemokratischen Bestrebungen in den dafür empfänglichen Kreisen zur Lebensaufgabe gemacht hat,

die Annahme gerechtfertigt ist, daß auch die von A. Kurich hier auf den 12. d. M. einberufene „öffentliche Volksversammlung“ zur Förderung der auf den Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen bestimmt ist, so wird diese Versammlung auf Grund des § 9 des Gesetzes vom 21. Oktober 1878 gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie hiermit verboten.

Dem Einberufer ist Abschrift dieser Verfügung, gegen welche Beschwerde an die königliche Kreisoberstaatsanwaltschaft Juidau zu läßt ist, zuzustellen.

Sache. So mußte die Versammlung denn unterbleiben. Da das Verbot aber nicht rechtzeitig bekannt war, strömten Tausende nach dem Lokal, wo die Versammlung stattfinden sollte, und hatten natürlich wieder umzukehren. Die Wirkung des Verbots ist eine vorzügliche — für und. Genosse Liebkecht hätte mit der glänzendsten und eindrucksvollsten Rede nicht so viel Propaganda für unsere Ideen machen und die Parteigenossen nicht

halb so gut anfeuern und „aufregen“ können, als es unser ehrfamer Stadtrath mit seinem Bürgermeister Cashe durch dieses Verbot gethan hat. Wir danken den Urhebern des Verbots.

Uebrigens war Liebkecht hier anwesend; er wird den köstlichen Ufah in der Debatte über das Sozialistengesetz zur Verwendung bringen. Der Form halber werden wir Beschwerde erheben. Näheres wird es nicht, aber es ist immerhin gut, die Solidarität unserer Feinde bei jeder Gelegenheit festzustellen.

— **Mühlhausen i. G., im März.** Wie man das „Volk in Massen“ behandelt. Vor Kurzem kam ein Rekrut aus Bosen hierher. Als derselbe beim Exerzieren nicht gleich vorschrittmäßig stehen konnte, ließ der Sergeant Hartmann von der neunten Kompagnie des vierten westfälischen (?) Infanterieregiments Nr. 17 auf ihn zu und schlug ihn mit dem Gewehrkolben so heftig auf die Arie, daß der arme Bursche vor Schmerzen in Ohnmacht fiel und ins Lazareth gebracht werden mußte.

Als er wieder auf den Füßen war, stellte man ihn aufs Neue zum Exerzieren ein, und da er noch immer nicht nach Wunsch stehen konnte, erhielt der arme Teufel zu seinen ausgestandenen Schmerzen noch vierzehn Tage strengen Arrest bei Wasser und Brod.

Da der Betroffene hier Klemanden hat, dem er sein Leid klagen könnte, so hielt er es für gut, im „Sozialdemokrat“ diese Mißhandlung zu brandmarken, und den Schinder Hartmann der geduldrigen Verachtung preiszugeben.

D. L. B. i. E.

Basel zum An denken Herwegh's. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft Basels wird am 6. April (als dem Todestage des unentwegten Sängers der Freiheit) dem Dichter Herwegh ein schönes Grabdenkmal setzen lassen. Dasselbe soll abdam am 20. April auf dem Friedhof bei Viefal unter entsprechenden Festlichkeiten enthüllt werden. Es ist hierfür provisorisch folgendes Programm entworfen worden:

Betheiligung des Arbeiter-Körpers. Abhängen des Herwegh'schen Liedes: „Arb' und arbeit!“ Enthüllungsbrede. Zug nach einem Gasthaus in Viefal, alwo eine Volksversammlung stattfinden soll, und zwar speziell über ein schweizerisches Thema. — Abends soll eine Theateraufführung stattfinden und das Stück: „Die Rißlißen“ gegeben werden.

Genossen! Wir hoffen, daß man von überallher, wo man den kühnen Sänger der Freiheit und des Proletariats im Herzen trägt, wenn immer es die Mittel erlauben, Abordnungen zur Enthüllungsfest am 20. April senden wird.

Die sozialdemokratische Arbeiterschaft Basels hat es sich angelegen sein lassen, die nötigen Gelder für das Grabdenkmal auszubringen. Mögen die Sozialdemokraten in andern Orten der Schweiz durch Delegationen u. i. w. ihr Möglichstes zum Gelingen der Feier beitragen.

Herwegh hat es um die Sache des Proletariats verdient!

— **Berlin, 17. März.** Wir machen hiermit bekannt, daß an alle diejenigen, welche auf Grund anarchistischer Umtriebe, resp. Verbreitung anarchistischer Blätter aus Berlin ausgewiesen werden, keine Unterstützung erhalten. Das Zentralkomitee.

## Briefkasten

der Redaktion: B. in Oberfeld: Wir bestätigen Ihnen gern, daß die Briefkastennotiz in Nr. 5 des „Sozialdemokrat“ nach Barmer gerichtet war!

der Expedition: Kother Hans: Bf. v. 15/3. am 18. beantw. — Kgt.: 20 Bf. Nigl. erf. Zum Drittenmal 50 Cts. Strafporto bezahlt, weil je 15 Gramm 20 Pf. Porto kosten, und wär's auch nur 1/2 Gramm über 15. Akr. geordn. Bf. am 18/3. mehr. — Lüge: Nr. 20. — à Cto. Abon. 1. Du. erf. Nigl. fort. Ausführlichen Bericht betr. d. Koflgt. ermarnt. — Adelsber: Mf. 6. — pr. Ab. 2. erf. Frg. folgt, sobald erbetener Aufschluß da. — F. W. Frische, Philadelphia: Fr. 50. — à Cto. Ab. erf. — Ph. C. Antwerpen: Fr. 10. — à Cto. Ab. erhalten. — R. R. de Janeiro: Fr. 270 Ab. 1. Du. u. Porto erf. — Rothwein: Fr. 2. — pr. Bf. d. erf. — Carlo: Mf. 50,00 à Cto. Ab. 2. erf. — Moris: Mf. 1,60 f. Schft. erf. Akr. geordn. — D. W. Df.: Mf. 3. — Kf. März bis Ende Mai erf. — Pa. i. S.: Mf. 27,80 Ab. 1. Du. u. Schft. erf. Akr. geordn. Bf. folgt. — Ntln.: Mf. 23. — à Cto. Ab. erf. Bf. Weiteres. — C. R. J.: 40 Pf. pr. Kofl. d. erf. — Ezr. Jh.: Fr. — 50 pr. Kofl. d. erf. — Aus So. vlla: Fr. 1,55 pr. Bf. d. erf. und von einem Hidalgo noch 5 Cts. dazu. — Dfgr. Ver. Bern: Fr. 10,50 Ab. 1. Du. erf. — Deutscher Verein Frauenfeld: Fr. 15. — à Cto. Ab. u. Schft. durch Z. erf. — Dp. Bern: Fr. 3,75 f. Schft. Cto. erf. — R. u. J. J.: Fr. 1,50 Ab. 1. Du. erf. — Stgr.: Mf. 35,10 Bf. März u. Rest erf. Bf. folgt. Bf. am 19/3. mehr. — F. J. St. Gall.: Fr. 7,50 Ab. 1. Du. erf. — Arb. Ver. Dfen: Fr. 5,10 f. Schft. erf. — Kother Voigtländer: Ft. besorgt. Alles fort. Rehrf. folgt. — Roland: Bf. folgt. N. Bf. 80 nur noch komplet zu haben. — Stillvergüt: Bf. v. 13. am 18. d. beantw. — B. B.: Bf. v. 17/3. erf. — Rarfenfender Fluntern: Fr. 2. — Ab. 4. Du. 83 erf. Gewünschtes vergriffen. Reuaufgabe in Arbeit. — Krausf: Bf. v. 15/3. hier u. am 18. beantw. Akr. geordn. — Dreyfus i. L.: Bf. v. 15/3. notiz. Kois eingetroffen. — Rindmacher: Bf. v. 15/3. notiz. Weiteres i. Bf. v. 19/3. beizog. — A. S. Palmira: Gng stets Donnerstag Abends hier ab an Ber. 2. Jetzt melden Sie Bor 551 (oder 351) Bitten Korrektoren deutlicher und bei dortiger Post zu reklamiren! — A. S. Kewport: Bf. erf. Bdg. kommt auch im Buchhändlerweg nicht billiger. Bf. mehr.

**Zürich** Sonntag den 23. März, im großen Saale des alten Schützenhauses

**Märzfeier der deutschen Sozialisten**

zugleich **Gedächtnisfeier für Karl Marx**

bestehend in **Prolog, Festrede, Gesang** (von der Gesangssektion des deutschen Arbeitervereins), **Deflamationen.**

Kasseneröffnung Abends 7 1/2 Uhr. — Beginn 7 Uhr. Entree 25 Cts. à Person.

Alle unsere Genossen, sowie alle Freunde der Arbeiterfrage ladet zu dieser Feier ein **Der Lokalausfüh.**

**Ferdinand Lassalle's**

**Gesammelte Reden und Schriften.**

Zu beziehen durch **Wolff und Döhne**, 386 E. 4. Str. New York, N. Y.

Die große Nachfrage nach den Schriften dieses gefeierten Bahnbrechers der deutschen Sozialdemokratie und das Verbot fast aller seiner Schriften in Deutschland und Oesterreich hat die Unternehmer veranlaßt, diese systematisch geordnet herauszugeben, und versenden wir dieselben nach Europa ja dem ermäßigten Preis von 2 Doll. 40 Cent brochirt, elegant gebunden 3 Doll. 30 Cent. Für Amerika: brochirt für 4 Dollars, gebunden 5 Doll. 25 Cent.

**Sozialistische Arbeiterpartei Amerika.**

**Sektion New-York.**

Sitzung des Zentralkomitees jeden Dienstag Abends 8 Uhr in Lincoln Hall, Ede Allen und Houston Street.

Jeden Samstag finden Versammlungen statt. Näheres siehe „New-Yorker Volkszeitung“.

**New-York Arbeiter-Fortbildungsverein**

Derselbe versammelt sich jedes Montag in Jean Gross's Hamburger Hall 176 Ost 3. Street 1.00 (15) über Vorstand.